

FREIBERUFLER-TICKER vom 15. November 2024

1. Dritte BFB-Präsenzgründerinnenkonferenz begeisterte mit hochkarätigen Sprecherinnen und Sprechern und zahlreichen Gästen

Unter dem Motto „Today & Tomorrow: So kreieren Gründerinnen die Zukunft“ und unter der Schirmherrschaft von Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann MdEP, Vorsitzende der FDP-Delegation im Europäischen Parlament, folgten rund 110 Gäste der Einladung des BFB, der gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sowie dem Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU) am 12. November 2024 seine dritte Präsenzgründerinnenkonferenz im Quartier Zukunft der Deutschen Bank in Berlin veranstaltete. Das Event begeisterte mit praxisnahen und authentischen Vorträgen von Gründerinnen. Aus Sicht der Freien Berufe berichteten Ärztin Dr. Antonia Stahl sowie Führungskräfte- und Executive-Coach Dr. Sanaz von Elsner über ihre eigenen Gründungsgeschichten. Die politische Podiumsdiskussion zwischen Maximilian Mordhorst MdB (FDP), Mitglied in den Ausschüssen für Digitales und für Finanzen des Deutschen Bundestages, Dr. Anna Christmann MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Beauftragte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz für die digitale Wirtschaft und Start-ups, Christina Diem-Puello, VdU-Präsidentin, Gründerin und Geschäftsführerin der DD Deutsche Dienstrad GmbH, und Dr. Susanne von der Heydt, Fachärztin für Kinderchirurgie, Vorstandsmitglied und Schatzmeisterin der Ärztekammer Berlin, schuf den perfekten Übergang zu einem Kurzvortrag von Stephanie Kage über den Aktionsplan „Mehr Unternehmerinnen für den Mittelstand“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sowie zu dem motivierenden und appellierenden Schlusswort von BFB-Präsident Dr. Stephan Hofmeister. Er schloss die Veranstaltung mit folgenden Worten: „Wir Freie Berufe brauchen von der Politik klare Spielregeln: Lasst uns unsere Freiheit, nur dann können wir unser Potenzial entfalten.“ Damit läutete er den geselligen Teil des Abends mit Get-together und Networking-Gelegenheiten ein.

2. Neue Zahlen belegen dynamische Gründungskultur der Freien Berufe

Das beschreibt die im Vorfeld der Gründerinnenkonferenz veröffentlichte [Pressemitteilung](#) des BFB. Berechnungen des Instituts für Freie Berufe (IFB), erhoben für den BFB, weisen für die Freien Berufe eine Gründungsintensität von 10,5 Prozent für 2022 aus – ein Wert, der nicht nur über dem Durchschnitt der gesamten deutschen Wirtschaft (acht Prozent) liegt, sondern auch den EU-Durchschnitt (zehn Prozent) übertrifft. Trotz dieser positiven Entwicklung sieht der BFB Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf bürokratische Hürden. Dies zeigen auch bislang unveröffentlichte Ergebnisse einer im Frühsommer vom IFB für den BFB durchgeführten Umfrage: Gefragt danach, wie sie die bürokratischen Hürden bei ihrer Unternehmensgründung zurückblickend einschätzen, sagen 42 Prozent der Teilnehmenden, dass diese höher waren als gedacht, 45,3 Prozent sagen, dass diese waren wie erwartet, und 12,7 Prozent stuften sie niedriger ein. Besonders beachtlich: 32,4 Prozent der Befragten stellten ihr Gründungsvorhaben seinerzeit sogar infrage. Damit haben nicht nur vier von zehn die bürokratischen Lasten unterschätzt, sondern bei jeder, jedem Dritten stand ihre, seine Gründung sogar auf der Kippe.

3. Anteil der Neugründungen an Unternehmensanzahl

Die amtliche Statistik weist systematisch keine Werte für die Freien Berufe insgesamt aus. Wie das Statistische Bundesamt am 12. November 2024 [mitteilte](#), sind 2022 rund 252.000 der knapp 3,2 Millionen Unternehmen in Deutschland neu gegründet worden, damit waren acht Prozent der Unternehmen Neugründungen. Gegenüber 2021 nahm die Zahl der Neugründungen um knapp drei Prozent zu. Gleichzeitig wurden 2022 mehr Unternehmen geschlossen als neu gegründet: Insgesamt gut 274.000 frisch geschlossene Unternehmen ergaben eine Schließungsrate von

knapp neun Prozent. Anteilig gab es 2022 die meisten neu gegründeten Unternehmen im Wirtschaftsabschnitt Kunst, Unterhaltung und Erholung mit einer Rate von knapp 13 Prozent, gefolgt vom Bereich Erziehung und Unterricht mit 11,3 Prozent. Bei den freiberuflichen, technischen und wissenschaftlichen Dienstleistungen betrug die Gründungsrate 8,5 Prozent, die damit über dem Durchschnitt liegt.

4. SVR-Gutachten 2024/25 veröffentlicht

Am 13. November 2024 [veröffentlichte](#) der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) sein [Gutachten 2024/25](#) mit dem Titel „Versäumnisse angehen, entschlossen modernisieren“. Darin werden die Freien Berufe nicht adressiert. Dem Gutachten zufolge dürfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr real um 0,1 Prozentpunkte schrumpfen und 2025 um 0,4 Prozentpunkte wachsen. Die Inflation geht deutlich zurück; die Inflationsrate wird voraussichtlich in diesem Jahr 2,2 Prozent und im kommenden Jahr 2,1 Prozent betragen. Die Arbeitslosenquote soll 2024 auf sechs Prozent ansteigen und 2025 auf 6,1 Prozent. Laut den SVR-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftlern werden zukunftsorientierte öffentliche Ausgaben seit Jahren zu wenig priorisiert. Um dies zu gewährleisten, müssen institutionelle Vorkehrungen mit hoher Bindungswirkung geschaffen werden – insbesondere ein Verkehrsinfrastrukturfonds und Mindestquoten für Bildungs- und Verteidigungsausgaben. Die Versäumnisse zeigen sich insbesondere bei den Ausgaben für Verkehrsinfrastruktur, Verteidigung und Schulbildung, deren gesellschaftlicher Nutzen größtenteils erst in der Zukunft eintritt. Diese werden gegenüber Ausgaben, die der derzeitigen Wählerschaft zugutekommen, von der Politik oft zurückgestellt. Für die Verteidigungsausgaben sowie für Bildungsausgaben, insbesondere für Schulbildung, sollten Mindestausgabenquoten definiert werden. Bei der Bildung könnte ein Indikator, ausgehend von Mindestausgaben je Schülerin und Schüler, festgesetzt werden.

5. Ergebnisse der ICILS-Studie vorgelegt

Wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung am 12. November 2024 [mitteilte](#), wurden die Ergebnisse der „International Computer and Information Literacy Study“ (ICILS)-Studie 2023 vorgelegt. Die „ICILS“ untersucht seit 2013 alle fünf Jahre die computer- und informationsbezogenen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern der achten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich. Demnach liegen diese Kompetenzen von Achtklässlerinnen und Achtklässlern in Deutschland trotz eines Rückgangs weiterhin über dem internationalen Mittelwert. Allerdings erreicht nur ein geringer Anteil der Jugendlichen die Leistungsspitze und gut 40 Prozent verfügen lediglich über Grundkenntnisse. Dabei erzielten Schülerinnen und Schüler an Gymnasien mit 559 Punkten ein signifikant höheres Kompetenzniveau als die an anderen Schulformen (472 Punkte). Zudem steigerte sich der Anteil der Lehrkräfte, die digitale Medien täglich im Unterricht nutzen, seit 2013 enorm (2013: 9,1 Prozent, 2018: 23,2 Prozent, 2023: 69,9 Prozent) und liegt jetzt erstmals signifikant über dem internationalen Mittelwert (61,2 Prozent).

6. Zahl der Schulanfängerinnen und Schulanfänger gesunken

Wie das Statistische Bundesamt am 13. November 2024 [mitteilte](#), wurden zu Beginn des Schuljahres 2024/25 nach vorläufigen Ergebnissen rund 827.500 Kinder eingeschult. Das waren rund 4.300 oder 0,5 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr, als die Zahl der Einschulungen auf den höchsten Stand seit dem Schuljahr 2003/04 anstieg. Nachdem die Zahl der Einschulungen in den vorangegangenen Schuljahren aufgrund der demografischen Entwicklung und der Zuwanderung aus dem Ausland gestiegen war, wurden im Schuljahr 2024/25 erstmals seit dem Schuljahr 2015/16 wieder weniger Kinder als im Vorjahr eingeschult. Der Rückgang der Einschulungen

dürfte unter anderem auf die geringere Zuwanderung ukrainischer Kinder infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine zurückzuführen sein.

7. Bürokratie kostet jährlich 146 Milliarden Euro Wirtschaftsleistung

Das zeigt eine Studie des ifo Instituts im Auftrag der IHK für München und Oberbayern, die am 14. November 2024 [veröffentlicht](#) wurde. Grundlage für die Berechnungen ist ein „Bürokratie-Index“, der für eine Vielzahl von Ländern den Bürokratieaufwand in für die Wirtschaft und Unternehmen relevanten Bereichen multidimensional abbildet. In der Studie berechnen die Forschenden direkte und indirekte Kosten, die durch Bürokratie in Deutschland entstehen. Aufgrund dieser Methodik fallen die Gesamtkosten der Bürokratie mehr als doppelt so hoch aus als andere Schätzungen, wie die des Normenkontrollrats, der auf direkte Bürokratiekosten in Höhe von 65 Milliarden Euro pro Jahr kommt. „Würde Deutschland bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung auf das Niveau von Dänemark aufschließen, wäre die Wirtschaftsleistung um 96 Milliarden Euro pro Jahr höher“, so die Autorinnen und Autoren.

8. Bericht zur Lage der IT-Sicherheit in Deutschland

Die Sicherheitslage im Cyberraum ist weiterhin angespannt. Zugleich stellen sich Staat, Wirtschaft und Gesellschaft stärker als bisher auf die Bedrohungen ein und haben ihre Resilienz erhöht. Das geht aus dem aktuellen Bericht zur [Lage der IT-Sicherheit in Deutschland](#) hervor, den Nancy Faeser (SPD), Bundesministerin des Innern und für Heimat, und Claudia Plattner, Präsidentin des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, am 12. November 2024 vorstellten. Nach wie vor stellen Ransomware-Angriffe Unternehmen und Institutionen vor große Herausforderungen. Die Zahl der Opfer von Datenleaks nach Ransomware-Angriffen ist weiter gestiegen. Gleichzeitig ist der Anteil der Ransomware-Opfer, die Lösegeld bezahlen, gesunken.

9. Vierter Bericht zur ländlichen Entwicklung

Seit zehn Jahren zieht es mehr Menschen von den Städten aufs Land als umgekehrt. Dazu trägt die Wirtschaftskraft der vor allem kleinen und mittleren Unternehmen bei. Das ist eines der Ergebnisse des „Vierten Berichts zur Entwicklung ländlicher Räume“ (2020–2024), den das Bundeskabinett am 13. November 2024 auf Vorlage des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft [beschloss](#). Der Bericht erscheint seit 2011 alle vier Jahre und beschreibt umfassend die Situation und Entwicklung ländlicher Räume sowie – über Legislaturperioden hinweg – bundespolitische Maßnahmen. Er dokumentiert Schwerpunkte, Vorhaben und Maßnahmen der Bundesregierung, mit denen seit 2020 daran bearbeitet wird, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu schaffen. Über 56 Prozent der Unternehmen sind hier beheimatet, die rund 50 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Deutschland und 60 Prozent der Ausbildungsplätze bereitstellen. Politisch wichtige Ziele der Bundesregierung in der 20. Legislaturperiode sind laut Bericht der Klimaschutz und die Versorgung mit erneuerbaren Energien, die Digitalisierung und die Fachkräftesicherung zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit, die Daseinsvorsorge beispielsweise in den Bereichen Wohnen, Gesundheit, kulturelle Teilhabe und Mobilität sowie die Stärkung der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Aus den Reihen der Freien Berufe werden insbesondere die Heilberufe erwähnt.

10. Teilzeitbeschäftigung im EU-Vergleich

2023 betrug der Anteil der Teilzeitbeschäftigten im Alter von 20 bis 64 Jahren in der Europäischen Union (EU) 17,1 Prozent, ein leichter Anstieg gegenüber 16,9 Prozent 2022. Rückblickend auf die letzten zehn Jahre verzeichnete der Anteil der Teilzeitbeschäftigten einen langsamen, aber stetigen Abwärtstrend, lag der Wert 2014 und 2015 bei 19,1 Prozent. Der Anteil der

Teilzeitbeschäftigung bei Männern blieb in diesem Zeitraum stabil bei rund acht Prozent, bei Frauen sank der Anteil jedoch um 3,9 Prozentpunkte von 31,8 Prozent auf 27,9 Prozent. Das [teilte](#) das statistische Amt der EU am 11. November 2024 mit. Die Werte für Deutschland stellen sich wie folgt dar: Die Werte für Männer und Frauen mit Kindern liegen bei 8,2 beziehungsweise 65,4 Prozent, für diejenigen ohne Kinder bei 10,9 beziehungsweise 31,5 Prozent.

11. Langzeitarbeitslosenquote im EU-Vergleich

2023 sank die Arbeitslosenquote der 15- bis 74-Jährigen in der EU auf 6,1 Prozent der Erwerbsbevölkerung, den niedrigsten Stand seit 2014. Die Langzeitarbeitslosenquote, gemessen an der Erwerbsbevölkerung, lag 2023 bei 2,1 Prozent und markierte damit einen historischen Tiefstand seit Beginn der Zeitreihe 2009. Das [teilte](#) das statistische Amt der Europäischen Union (EU) Ende vergangener Woche mit. Unter den EU-Ländern stach Griechenland mit der höchsten Langzeitarbeitslosenquote von 6,2 Prozent hervor, gefolgt von Spanien (4,3 Prozent) und Italien (4,2 Prozent). Am anderen Ende der Skala lagen Dänemark und die Niederlande jeweils bei 0,5 Prozent, vor Tschechien, Malta und Polen (alle 0,8 Prozent). Der Wert für Deutschland wird mit einem Prozent ausgewiesen.

12. BFB-Jobportal bietet kostenfreie Möglichkeit der Jobvermittlung

Das Jobportal www.freieberufe-jobportal.de des BFB, das im Mai 2022 insbesondere für ukrainische Geflüchtete lanciert wurde, ist im Juni 2023 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberatungen (BDU) zu einem allgemeinen Jobportal für die Freien Berufe erweitert worden. Nun bietet es, speziell und exklusiv als Jobportal für die Freien Berufe, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Möglichkeit, dort kostenfrei, schnell und direkt offene Stellen, darunter Vollzeit- und Teilzeitjobs sowie Ausbildungs- und Praktikumsplätze, zu inserieren. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den Freien Berufen setzen BFB und BDU in ihrer Kooperation gezielt einen strategischen Schritt, um bestmögliche Ergebnisse und Bedingungen in den Freien Berufen zu schaffen. Weiterhin soll mit dem Jobportal mit Blick auf das Gemeinwohl die Verbindung zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei den Freien Berufen gefördert werden. Stellenanzeigen können [hier](#) unkompliziert und gratis aufgegeben werden.

- Anzeige -



In der Privaten Pflegeversicherung fließt der größte Teil der Beiträge in unsere Nachhaltigkeitsreserve. Dieses Geld legen wir am Kapitalmarkt an. Mit den Rücklagen und ihren Zinserträgen können wir die gesetzlichen Pflegeleistungen für unsere Versicherten komplett selbst tragen – ganz ohne Steuerzuschüsse.

[Mehr auf pkv.de](http://Mehr.auf.pkv.de)